

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

21.1.1922 (No. 18)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. u. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 933
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 A. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 80 P. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Ausgaben sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Bereinigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbeständen, zwangsweiser Verteilung und Anlaufverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Das Finanzamt Villingen.

Am 1. Januar 1922 wurde in Villingen ein Finanzamt im Sinne des § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Villingen. Das Finanzamt übernimmt für diesen Bezirk die Geschäfte des bisherigen Finanzamtes Villingen sowie die des Steuerkommissars Villingen, der auf den oben genannten Zeitpunkt aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt wird. Die Veranlagungsabteilung des neuen Finanzamtes bleibt vorerst noch im Dienstgebäude des bisherigen Steuerkommissariatsdienstes.

Die amerikanische Verstimmung über den Poincarismus.

Man schreibt uns: Aus Washington, wohin ihn der „Corriere della Sera“ zur Berichterstattung über die Ergebnisse der Abklärungskonferenz entsandt hat, sendet Luigi Barzini eines seiner interessantesten Kabelgramme, das sich mit den Rückwirkungen des Ministerwechsels in Frankreich auf die Konferenzresultate selber beschäftigt. Er stellt zunächst einleitend fest, daß die fehlende französische Ratifikation der getroffenen Vereinbarungen — ein Festen, das durch den Amisantritt Poincarés und dessen allbekannte Tendenzen nur zu wahrscheinlich geworden sei — automatisch zum Nichttritt Englands vom Abkommen führen würde, was bekanntlich an die Zustimmung Frankreichs und Italiens geknüpft ist. Der internationale Fiktionsvertrag würde also, wie Barzini sich drastisch ausdrückt, „in die Luft fliegen“ mit der unermesslichen Folge, daß auch die Abmachungen über die chinesische Frage annulliert wäre.

Auch wenn man die Untersuchung der ersten politischen Folgen dieser Situation zunächst beiseite läßt, genügt schon die Erwägung der wirtschaftlichen Konsequenzen, um die Vereinigten Staaten über den Poincarismus an der Leistung der französischen Staatsgeschäfte beunruhigt sein zu lassen. Als die Konferenz von Washington die Einstellung des Baues großer Schiffe dekretierte, hatte sie ja einer enormen Geldvergeudung Einhalt geboten. Schon allein am Konto der Unterhaltung der großen Kriegsschiffe würden die Vereinigten Staaten jährlich etwa 100 Millionen Dollars einsparen. Die Einsparung bei den Neubauten dürfte eine halbe Milliarde Dollars betragen, wozu noch eine Einsparung von 10 Millionen Dollars jährlich beim Kapitalwert käme. Der Gesamtbeitrag, der in den zehn Jahren des Flottenabkommens durch die Vereinigten Staaten allein eingespart werden könnte, würde nach den Berechnungen der amerikanischen Marineoffiziere also mindestens 1500 Millionen Dollars betragen. Barzini rechnet für die drei führenden Flottenmächte der Welt auf der Basis dieser Berechnung eine Windertragsgabe von rund 100 Milliarden Lire, die gewiß im Staatshaushalt der betreffenden Mächte zu nützlicheren und erspriechlicheren Dingen verwendet werden könnten.

Über die Besorgnisse wegen der so nahe gerückten Persöhnung so großer und wichtiger Resultate der Konferenz, die schon nahezu als gesichert gelten, bilden nur die eine Seite der amerikanischen Besorgnisse. Der Triumph der nationalistischen Stimmung in Frankreich, die auch in Amerika mit dem gefährlichen Namen Poincarismus belegt wird, wurde immer in den politischen Kreisen Washingtons als eine Quelle von Gefahren betrachtet, und einer der Gründe, wegen dessen die amerikanische Regierung der famosen Darlegung Briands über die Notwendigkeit eines starken französischen Heeres anscheinend zugestimmt und in eine Ausschaltung jeglicher Diskussion über die Landrüstungen gewilligt hat, bestand in der Absicht, die Position Briands in der inneren Politik Frankreichs nicht zu schwächen, vielmehr ihm einen positiven Erfolg zu sichern, der seine Autorität und sein Prestige im französischen Parlament zu befestigen vermöchte.

Heute, so sieht uns Barzini auseinander, erkennt man in den Vereinigten Staaten an, daß es besser gewesen wäre, die Meer- und das Verhalten der einzelnen Mächte bezüglich der Landrüstungen sich abklären und aufrichtig definieren zu lassen anstatt ein Versteckensspiel aufrechtzuerhalten, das lediglich dazu beigetragen hat, die Illusionen und die gefährlichen Zerwürfnisse der französischen Politik aufrechtzuerhalten.

Der Schluß des Kabeltelegramms Barzini's, dem der „Corriere della Sera“ den Ehrenplatz an der Spitze des Blattes einräumt, ist besonders charakteristisch. Es heißt dort: „Selbstam erscheint mir, daß die Delegierten Frankreichs zur Washingtoner Konferenz einmütig erklären, die Regierungstrift in Frankreich sei auf die Demittigungen zurückzuführen, die Frankreich auf dieser Konferenz zugesagt wurden. Das ist

das Zeichen einer Gemütsverfassung, die nicht als beruhigend angesehen werden kann.“

Die erwähnte Darlegung Briands über die Notwendigkeit eines großen französischen Landheeres ist bekanntlich durch den Presseparat der damaligen Briand-Regierung als ein „heißspiegeltes Gerücht“ Briands gelehrt worden. Jetzt deutet der indirekte Barzini auf, daß es ein Theatererfolg unter gültiger Mitwirkung der amerikanischen Regie war. Und damit nicht genug, erzählt er uns auch noch, daß die Amerikaner ihre Regisseurfähigkeit bei dieser Komödie heute bedauern, weil die Komödie ihren Zweck nicht erfüllt hat. In der Tat: Wenn die Franzosen sich durch die Washingtoner Beschlüsse gar nicht gedemütigt glauben und deshalb den Poincarismus mit der Leitung ihrer Regierungsgeschäfte betrauen, dann ist das wirklich ein Geisteszustand, von dem die „Times“ neuerlich sehr richtig gesagt hatte, er habe den Kontakt mit der neuen Weltordnung und mit den neuen weltpolitischen Auffassungen vollkommen verloren.

Die Steuerpläne.

Von ihrem Berliner Mitarbeiter wird der Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ geschrieben.

Der Reichstag, der am 19. d. M. seine Arbeit wieder aufgenommen hat, wird nun mit allem Nachdruck an die Lösung der Steuerfrage gehen müssen, die sich nicht länger aufschieben läßt; denn wenn uns die Beschlüsse von Cannes wieder eine Atempause gewähren, so sehen sie bekanntlich eine sehr kurze Frist für die Vorlegung eines „angemessenen Reform- und Garantiesplanes“ über das deutsche Budget, den Papiergeldumlauf usw., und wenn es an und für sich noch zweifelhaft erscheint, ob die zu erwartenden sachlichen Beschlüsse der Reparationskommission oder der alliierten Regierungen auf die wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands soweit Rücksicht nehmen werden, daß man an die Wiederkehr geordneter und gesicherter Zustände auf wirtschaftlichem Gebiete rechnen kann, so ist ganz gewiß die Herstellung des Gleichgewichts in unserem inneren Haushalt die allererste Voraussetzung für eine weitere befriedigende Entwicklung der Dinge. Es mußte daher mit einiger Sorge erfüllt, daß der bisherige Verlauf der Steuerberatungen in den Reichstagsausschüssen keineswegs den Eindruck gemacht hat, als ob sich die Parteien und zwar namentlich auch die Regierungsparteien des Ernstes der Lage und ihrer Verantwortung ganz bewußt wären. Wir haben ja seit der obersten Krisis formell keine parlamentarische Regierung mehr, sondern wie man damals beim Austritt der demokratischen Zwischminister gesagt hat, eine „Regierung der Persönlichkeiten“, aber genau betrachtet ruht die Regierung seitdem doch in den Händen zweier Parteien, des Zentrums und der Reichsbildungssozialdemokratie, und wenn diese zusammen eine Mehrheit im Reichstag nicht ausmachen, so ändert das doch nichts an ihrer Verpflichtung, die in der Hauptsache aus ihren Reihen gestellte Regierung auch in ihren Steuerplänen zu unterstützen, wenn nicht alles drunter und drüber gehen soll. Man hat aber erlebt, daß das Zentrum mit den Vorlagen des aus seiner Mitte hervorgegangenen Reichsfinanzministers ziemlich rücksichtslos umgegangen ist, wie auch die Sozialdemokratie ein sehr erhebliches Maß von Oppositionsfreiheit für sich in Anspruch genommen hat.

Nun verlaute aber erfreulicherweise, daß das sogenannte Steuerkompromiß so ziemlich als gesichert gelten kann, oder das wenigstens die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verständigung durchgedungen ist. Den hauptsächlichsten Stein des Anstoßes hat bekanntlich bisher das sozialdemokratische Verlangen nach einer steuerlichen Erfassung der Sach- oder Goldwerte gebildet, denn wie sich auch die Regierung zu dieser Frage stellen wollte, an die Erzielung einer Mehrheit im Reichstag für ein solches Programm wäre nicht zu denken gewesen. Es erscheint aber auch durchaus möglich, dem in der sozialdemokratischen Forderung enthaltenen Grundgedanken Rechnung zu tragen, ohne sich die ansüßige Methode der Erfassung zu eigen zu machen. Man könnte sich z. B. denken, daß eine innere Zwangsanleihe aufgenommen würde, die das fundierte Vermögen in erheblichem Maße heranzieht. Die Konjunktur, deren sich ein sehr großer Teil dieses Vermögens seit Jahren erfreut, hat dazu geführt, daß die früheren Belastungen bis auf einen verhältnismäßig kleinen Rest verschwunden sind und daß außerdem bei den glücklichen Besitzern eine Fülle von Warmitteln sich angesammelt hat, die zu verstedten ebensoviel Kopsgeröchens erforderlich, wie sie entsprechend anzulegen. Es ist nicht einzusehen, warum hier das Reich nicht zu seinem Rechte kommen sollte und es wäre nicht zu bezweifeln, wenn Zentrum, Sozialdemokratie und Demokraten darüber nicht zu einer Einigung gelangen könnten. Ist aber einmal dieses Haupthindernis über-

wunden, so wird die Durchführung des übrigen Steuerprogramms keine allzu großen Schwierigkeiten mehr machen. Denn über die Notwendigkeit, die direkten und die indirekten Steuerquellen zugleich und möglichst gleichmäßig in Anspruch zu nehmen, besteht ja ohnedies nirgends mehr ein Zweifel, wenigstens dort nicht, wo man überhaupt mit dem Gefühl der Verantwortung an diese brennenden Fragen der Zeit herantritt.

Der Reichskanzler hat in den letzten Tagen wiederholt vor größeren und kleineren Versammlungen das Wort ergreifen und angeführt der Beschlüsse von Cannes und der bevorstehenden Weltfinanzkonferenz von Genua einen gewissen Optimismus erkennen lassen, der sich insbesondere auf den unerkennbaren Sieg des Gedankens stützt, daß das Reparationsproblem organisch in den großen Zusammenhang des Wiederaufbaues der ganzen europäischen Wirtschaft eingegliedert werden müsse. Und dieser Gedanke hat tatsächlich gefestigt und wird sich nicht mehr unterkriegen lassen, wenn auch selbstverständlich die Ablehnung Briands durch Poincaré zu allerlei Sorgen und Befürchtungen Anlaß gibt. Dr. Rathenau hat in Cannes offenbar nicht in den Wind gesprochen und es hat sich gezeigt, wie unberechtigt es war, wenn man allerlei Bedenken gegen die Verwendung eines nichtbeamteten Mannes zu dieser Mission erheben wollte. In den Kreisen des Obersten Rates hat jedenfalls niemand den geringsten Anstoß daran genommen und in Deutschland selbst hätte man sich daran erinnern können, daß auch Bismarck seinerzeit die Mitwirkung privater Persönlichkeiten bei seinen politischen Aktionen keineswegs verschmäht hat. Wenn nun, wie zu hoffen steht, der Reichstag den Forderungen sich gewachsen erweist, die die Lage an ihn stellt und ein Steuerkompromiß auf der gekennzeichneten Grundlage zustandebringt, so besteht die Aussicht, daß wir doch einen Schritt weiter kommen.

Badische Wochenrückblicke.

„Was muß der Jüngling vor der Ehe wissen?“

Es gab von jeher Menschenfreunde, die den Beruf in sich fühlten, der heiratenden Witwelt mit mehr oder weniger angebrachten Ratsschlägen auf den Leib zu rücken. Besorgte Mütter, ledige Tanten, gutmeinende Stammtischbrüder und sonstige, durch Alter, Stellung, Beruf oder Beziehungen für diesen Zweck mehr oder weniger legitimierte Volksgenossen besorgten das Geschäft persönlich. Mediziner, Moralphilosophen und Literaten aller Art haben viele Bände zusammengeschrieben, deren vielerlei Titel sich alle auf die bekannteste Formel bringen lassen: „Was muß der junge Mann — bezw. das junge Mädchen — vor der Ehe wissen?“ Sie haben damit ganz zweifellos viel Geld verdient, zuweilen sicherlich Nutzen gestiftet (letzteres nicht zum wenigsten dann, wenn der hold errötenden Braut auf ihre Bestellung hin etwa ein hübsches Kochbuch zugeht). Dem Chor der Ratspendenden hat sich dieser Tage nun eine neue gewichtige Stimme angeschlossen, nämlich die des Städtischen Wohnungsamtes Karlsruhe, das aus seiner heillosen Bedrängnis heraus einmal den verzweifeltsten Versuch unternimmt, den durch kein Reglementieren mehr aufzuhaltenden Ansturm der Wohnungsfuchenden durch Parlamentieren zu bändigen und den angehenden Brautleuten durch eine mit beachtlicher Kunst suggestiver Dialektik abgefohnte Bekanntmachung die Notwendigkeit vorläufigen Heiratsverzichts plausibel zu machen. Die Anzeige trägt die Überschrift: „Wohnungsfuchende. 10 wichtige Fragen und Antworten für Verlobte.“ Das Amt erklärt zunächst, daß die Wohnungsnot auf den Rückgang der Bautätigkeit, daneben aber auch darauf zurückzuführen sei, daß nach dem Krieg viel mehr als zuvor geheiratet wurde, und antwortet dann auf die Frage: „Wie kann der Wohnungsnot rasch abgeholfen werden?“, mit lapidarer Bucht: „Dadurch, daß mehr gebaut und vorerst weniger geheiratet wird.“ In den weiteren Fragen und Antworten wird dann dargelegt, daß am 1. Januar d. J. vorhandene Wohnungsfuchende voraussichtlich erst am 1. September 1923 einigermaßen angemessen untergebracht sein werden. „Was tun“, so heißt es dann weiter, „deshalb die Verlobten?“ Sie heiraten vorläufig nicht, da sie bei heutiger Marktlage frühestens in 1½ Jahren eine eigene Familienwohnung erhalten. Das gilt in erster Linie für die jüngeren Verlobten, namentlich die unter 25 Jahren: „Schon die Rücksicht auf die älteren, schwer unter der Wohnungsnot leidenden Volksgenossen hält sie“, so bemerkt das Wohnungsamt, „von einer Frühheirat ab, aber auch die neuen Bestimmungen des Wohnungsamtes, nach denen Verlobte und Verheiratete erst vorgemerkt werden, wenn der Brautigam bezw. Ehemann über 25 Jahre alt ist; Ehemänner unter 25 Jahren können deshalb heute frühestens mit 28½ Jahren auf eine Familienwohnung rechnen, selbst wenn sie jetzt die Eheschließung wesentlich unter 25 Jahren eingehen. Am nicht in eine selbstverständliche Notlage zu gelangen, werden deshalb Frühheiraten vermieden.“

Sehr interessant ist es, wie das Amt seinen neuen Grundrissen über die Eintragung der Verlobten gemäß die Verzögerung in der Eheschließung belohnen will. Es erkennt nämlich die ortsansässigen Verlobten über 25 Jahre grundsätzlich als berechnete

Wohnungssuchende an. Die Anrechnung der Brautzeit erfolgt je nach dem Alter des Bräutigams als Wartezeit auf eine Familienwohnung ganz oder teilweise und zwar mit zwei Fünftel bei Verlobten zwischen 25 und 30 Jahren, mit zwei Drittel bei solchen zwischen 30 und 40 Jahren und zu ein Drittel bei denen, die das Säwabenalter schon überschritten haben. Je länger die Verlobten den Brautstand ausdehnen, desto rascher erlangen sie nach der Eheschließung die Anwartschaft auf Vordringlichkeit und damit auf die Ingebrauchnahme einer Normalwohnung. Die Brautzeit der älteren Verlobten wird von dem Tag ab an gerechnet, an dem sich die Brautleute beim Wohnungsamt als verlobt anmelden. Die tun dies sofort in einem schriftlichen Gesuch, zu dem auf dem Wohnungsamt erhältliche Vordrucke zu verwenden sind.

„Wem erweisen“, so fragt das Wohnungsamt zum Schluß, die Verlobten durch das Hinausschieben der Eheschließung einen Dienst? Und es antwortet: In erster Linie sich selbst, da sie nur auf diesem Wege bald nach der Eheschließung in den Besitz einer Familienwohnung gelangen können, bei längerem Zuwarten sogar gleichzeitig mit der Eheschließung; Deshalb: Keine Frühheiraten mehr! Zu warten der Verlobten mit der Eheschließung! Dann kein Wohnungseind mehr bei jungen Ehepaaren!

Es läßt sich nicht leugnen, daß dies Frage- und Antwortspiel des Wohnungsamts manches für sich hat und der Aufmerksamkeit aller Beteiligten wert ist. Könnte man doch außer dem hier in Frage stehenden Grund der Wohnungsnot noch genügend andere gegen die massenhaften und vielfach in jeder Hinsicht unüberlegten Frühheiraten anführen. In dessen läßt sich im Hinblick auf das den Brautleuten von altersher stillschweigend zugebilligte Revertatrecht festlicher Gleichgewichtsveränderung nicht mit Gewißheit sagen, ob die vom Wohnungsamt dergestalt versuchte Methode gütlichen Aushaltens von Erfolg begleitet sein wird.

Die Kaserne als Schule.

In den Mobilmachungsstagen 1914, vielfach auch noch jahrelang während des Krieges haben bekanntlich unsere Schulen unter Verzicht auf ihren eigentlichen Zweck als Kasernen dienen müssen. Heute liegt der Fall umgekehrt: die Kasernen sind als solche zwecklos geworden, da wir kein Heer mehr haben; die Gemeindeverwaltungen gehen darum aus Mangel an Geldmitteln zur Erbauung neuer Schulgebäude daran, die Kasernen u. a. auch Schulzwecken dienlich zu machen. So ließ der Stadtrat unserer Landeshauptstadt dem Bürgerausschuß soeben eine Vorlage über die Einrichtung von Schulzwecken im ehemaligen Kasernenkomplex in der Telegaphenkaserne zugehen. Der erforderliche Aufwand ist auf 224 000 M. veranschlagt und soll aus Anlehensmitteln mit Verwendungsfrist bis 31. Dezember 1923 bestritten werden, die aus Wirtschaftsmitteln der Jahre 1922 und 1923 dem Anlehensfonds zurückzuerhalten sind. Man hatte ursprünglich daran gedacht, den Bedarf an Schulräumen durch Einstellung von Schulparaden im Hofe der Rühlburger Schule zu decken, doch stellte sich bei näherer Prüfung heraus, daß ein Lehrsaal im Paradebau den außerordentlich hohen Aufwand von 47 000 Mark erfordern würde, während der Lehrsaal in der Telegaphenkaserne nur 7500 Mark kostet (beide Bitten erstrecken sich nicht auf die innere Einrichtung, für die je 15 000 Mark pro Lehrsaal erforderlich sind). Mit der Umwandlung in Schulräume wäre für die ehemaligen Militärbauten eine Verwendung gefunden, die jedenfalls nur zum Vorteil für den inneren Neuaufbau Deutschlands gereichen könnte.

Die Notlage der Theater.

wird durch den Umstand illustriert, daß der soeben bekanntgemachte Voranschlag des Nationaltheaters in Mannheim für 1922/23 mit einem Defizit von nahezu sieben Millionen abschließt. Der Bürgerausschuß wird sich angesichts dieses Zuschußbedarfes erneut vor die Frage gestellt sehen, ob oder in welcher Form das Unternehmen in Zukunft weitergeführt werden soll. Es lag zwar nahe, die Entscheidung darüber erst im Mai oder Juni zu fällen, da erst zu jener Zeit die Überweisungen aus Reichsteuern, die Veranlagung zu den Landessteuern, ferner die erwarteten reichsgerichtlichen Maßnahmen und die Möglichkeit oder Unmöglichkeit staatlicher Zuschüsse bekannt sein werden, so daß sich ein Überblick über die Lage des gemeindlichen Gesamthaushalts gewinnen lassen wird. Der Stadtrat hat sich jedoch anerkenntnisreicher Weise in seiner jüngsten Sitzung zu der Auffassung geneigt, daß den mehr als 300 Angestellten des Theaters eine solche Ungewißheit über ihre Zukunft nicht zugemutet werden könne und daß der

Landestheater.

„Der Schatzgräber“.

Im Landestheater ging gestern „Der Schatzgräber“ unter der Leitung des Komponisten in Szene. Franz Schreker erwies sich auch bei dieser Gelegenheit wieder als Dirigent von schätzenswerten Eigenschaften. Er vermeidet jeden übermäßigen äußerlichen Krastausdruck und weiß die Mitwirkenden auf der Bühne und im Orchester durch verhältnismäßig knappe, zielichere Gesten und ausdrucksvolles Mienenspiel mühelos nach seinem Willen zu lenken. Interessant gestaltete sich besonders die Wiedergabe des Instrumentalparts, dessen Gehalt an Klangeffekten, Farbenschatierungen und Melodien in seiner ganzen imponierenden Fülle in Erscheinung trat. Osferbar in dem — an sich begreiflichen — Streben, den Zuhörern möglichst jede Einzelheit seines Werkes zum Bewußtsein zu bringen, ließ er sich zuweilen allerdings zu auffallend breiten, gelegentlich fast schleppend anmutenden, Zeitmaßen bestimmen, womit indes nicht gesagt sein soll, daß es der Aufführung im Ganzen an rhythmischer Schärfe, Plastik und Belebung fehlte. Schließlich hat jeder Komponist das Recht, seine Schöpfung so zu interpretieren, wie er es für richtig hält. Auf jeden Fall gewann man auf diese Weise neue interessante Einblicke in manche Einzelheiten des fesselnden Werkes. Das gut besetzte Haus zeichnete Professor Schreker durch zahlreiche Hervorrufe aus.

In der Besetzung der Gesangrollen waren einige Umänderungen nötig geworden. So hatte an Stelle von Fräulein Kauls Frau Anna Scheffler-Schorer vom Stadttheater in Köln die Partie der Elv übernommen. Die Künstlerin war vielleicht indisponiert, vielleicht auch liegt ihre Stärke überhaupt nicht auf dem Gebiet der jugendlich-dramatischen, deren Stimme vor allem Vielsamkeit, Schmelz u. Wärme eignen sollten. Diesen Eindruck hatte man namentlich bei allen Stellen mehr oder weniger lyrischen Charakters. An Fülle und der Fähigkeit charakteristischer Konfärbung fehlt es ihrem Organ nicht. Ihre Darbietung war denn auch hauptsächlich auf dramatische Wirkung hin angelegt. Das gleiche gilt von ihrer mehr deren als anmutigen darstellerischen Verfeinerung der Rolle, deren bedenkliche Züge durch ein gewisses Maß an Lieblichkeit und Zartheit in ihrer Wirkung ganz erheblich gemildert werden können. Ganz ausgezeichnet war Herr Alexander Ripnits vom Staatstheater Wiesbaden als König. Sein langvoller, vortrefflich geschulter, leicht ansprechender und ausdrucksvoller Wagh, der in seiner Färbung

Betrieb dann für das Jahr 1922/23 noch weitergeführt werden müsse, daß man aber im Frühjahr oder Sommer dieses Jahres von neuem über Beibehaltung und Art des Theaters vom Spieljahr 1923/24 ab zu beschließen habe. Es ist anzunehmen, daß der Bürgerausschuß, bei dem die Entscheidung liegt, dieser Meinung beipflichten wird. Im übrigen ist im kulturellen und sozialen Interesse zu hoffen, daß sich die Stadt auch zur Weiterführung des alten bedeutungsvollen Kunstinstituts auch künftighin in der Lage sehen wird.

Politische Neuigkeiten.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten.

Die Konferenz der Reichsregierung mit den präsidierenden Mitgliedern der Länderregierungen begann gestern vormittag 11 Uhr in der Reichskanzlei und dauerte mit einer kurzen Unterbrechung bis in den späten Nachmittag. An den Verhandlungen, bei denen der Reichskanzler und später der Vizekanzler den Vorsitz führten, nahmen außer den Reichsministern die Regierungschefs aller 18 Länder oder ihre Vertreter, sowie die Berliner Gesandten der Länder teil. Die Sitzung wurde eröffnet durch eine einleitende Begrüßungsansprache des Reichskanzlers. Darauf erstattete Reichsminister a. D. Dr. Rathenau ausführlich Bericht über seinen Aufenthalt in London und Paris und über die Konferenz in Cannes. An das Referat Dr. Rathenaus schloß sich zunächst eine Aussprache über die außenpolitische Lage an, in deren Verlauf einzelne Regierungschefs, namentlich die Ministerpräsidenten von Preußen, Bayern und Württemberg ihr volles Verständnis für die Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik zum Ausdruck brachten und den festen Entschluß ihrer Regierungen behandelten, auch weiterhin in allen Gefahren treu zum Reich stehen. Die Ministerpräsidenten regten an, die Reichsregierung möge durch ähnliche Konferenzen die Regierungen der Länder über die schwebenden Fragen der Politik stetig auf dem Laufenden halten. Der Reichskanzler und Dr. Rathenau erteilten hierauf auf eine Reihe von Anfragen Auskunft. Der Reichskanzler erklärte, die Regierung werde der Anregung zu gemeinsamen Besprechungen mit den Regierungen der Länder bereitwillig nachkommen. Hierauf trat die Konferenz in die Erörterung innerpolitischer Fragen ein. Vizekanzler Bauer schloß die Konferenz mit dem Dank der Reichsregierung an die Vertreter der Länder.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag überwarf gestern nach Erledigung einer Reihe von kleinen Anfragen die Entwürfe eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Gesetzes über den Ersatz der durch den Krieg verursachten Personenschäden den zuständigen Ausschüssen und setzte dann die Beratung der demokratischen Interpellation über die Finanznot der Gemeinden fort.

Reichsfinanzminister Hermes betont, die Finanzlage des Reiches sei ungleich schwieriger. Die Länder hätten verfassungsmäßig die Aufgabe, selbst für ihre Einnahmen zu sorgen. Das Reich habe die bisherigen Eingänge der Einkommensteuer der Länder und Gemeinden für 1919 und 1920 und zum Teil auch für 1921 überlassen. Wenn den Gemeinden nicht der volle Anteil zugeflossen ist, so mögen sie sich an die Länder halten. Im übrigen werden Umsatzsteuer und Einkommensteuer jetzt wesentlich höhere Ergebnisse bringen. Die Umsatzsteuer z. B. 24 Milliarden, die Einkommensteuer ca. 200 Milliarden. Der Regierung liege jede Absicht fern, eine Kontrolle der Gemeindebudgets einzuführen und die Abgrenzung der steuerlichen Ansprüche der Länder und Gemeinden werde nach Erledigung der Steuervorlagen mit den Ländern verhandelt werden.

In der Besprechung nahmen die Abgg. Scheidemann (Sog.) und Koch (Dem.) das Wort. Letzterer sagte das Ergebnis der Debatte dahin zusammen, daß die reinliche Scheidung bei der Verteilung der Steuern nicht mehr zu umgehen sei. So lange dies nicht erfolgt sei, könnte sich das Reich nicht mit dem Vertragen seiner Mittel ausreden. Auch auf die Länder könne der Minister die Verantwortung nicht abwälzen, denn auch diese seien nur Kostgänger des Reiches.

Damit schloß die Besprechung der Interpellation und der Entwurf über das Personalförderungsgesetz ging an den Hauptausschuß, der Entwurf zur Abänderung der Besteuerung von Dienstwohnungen von Reichsbeamten an den Wohnungsausschuß.

Samstag nachmittag 1 Uhr: Reichsbankgesetz, Meßsteuer für den Nachtragsetat.

und Modulationsfähigkeit etwas an den Bariton Benno Ziegler erinnert, und sein geistvolles, lebendiges und natürliches Spiel vereint sich zu prachtvoller harmonischer Gesamtwirkung. Herr Wolf in vom Mannheimer Nationaltheater gab den Grafen mit etwas zurückhaltender Stimme. Glänzende Leistungen waren auch diesmal wieder der Rarr Herr Zilens und der Bogt Herr Weyrauch.

Die Ständige Kunstausstellung Baden-Baden wird dieses Jahr am 8. April eröffnet. Zugelassen sind, wie uns mitgeteilt wird, Kunstwerke deutscher Künstler aus dem Gebiete der Malerei, der Bildhauerei, der zeichnerischen Künste und des Kunstgewerbes. Die Mitglieder der „Freien Künstlervereingung Baden“ und die im Lande Baden lebenden oder dafelbst geborenen Künstler, welche nicht Mitglieder der „Freien Künstlervereingung“ sind, sind bekanntlich berechtigt, ihre Werke ohne Einladung oder Aufforderung zu dieser Ausstellung einzusenden.

Landestheater. In der am nächsten Dienstag im städtischen Konzerthaus für die Volksbühne stattfindenden Aufführung von Schillers „Kabale und Liebe“ wird Fräulein Ilse Cabanis vom Stadttheater in Erfeld als Luise auf Anstellung gastieren. Die Dame ist für das Fach des Fräulein Ceuznach in Aussicht genommen, die ihren Vertrag mit Ablauf dieser Spielzeit gelöst hat.

Für das Fach des ersten Bassisten wird Herr Hermann Wucherpfennig vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg am kommenden Dienstag als „Cavastro“ in der „Raubritze“ und am Mittwoch den 25. Januar als „Raspar“ im „Frevhühn“ auf Anstellung gastieren. — Außerdem wird am Donnerstag den 24. d. M. Verdi's Oper „Traviata“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Die Titelpartie singt Marie von Ernst, den Alfredo Franz Schwegel, den Vater Germont Rudolf Weyrauch. Die Oper wird von Wilhelm Schwegel dirigiert. Im Anschluß daran wird Komte Bourgeois ihre mit großem Beifall aufgenommenen Ungarischen Tänze mit der Musik von Brahms wiederholen. — Die Aufführung der neuen Oper „Liebesmacht“ von Alfred Lorenz erfolgt am Sonntag den 24. d. M., abends halb 7 Uhr, unter der Leitung des Komponisten. Oberspielleiter Wuffard leitet die Inszenierung. Die weibliche Hauptpartie verkörpert Heddy Tracemom-Brigelmann, während Billy Hilfen und Rudolf Weyrauch ihre Gegenspieler sind. Weiterhin sind in bedeutenderen Aufgaben Marie Josef-Romshüt und Alfred Glaz beschäftigt.

Die Verfolgung der Erzbergermörder.

Im Reichstag wurde am Freitag eine von dem Freiburger Abg. v. Gallwitz (D.-R.) eingereichte Kleine Anfrage über den Stand und das Verfahren zur Ermittlung der Erzberger-Mörder beantwortet.

Geh. Rat Werner teilte im Auftrag der Reichsregierung mit, daß wegen Verdachts der Teilnahme an der Ermordung Erzbergers von dem badischen Untersuchungsrichter in Offenburg eine Voruntersuchung gegen den Kaufmann Heinrich Schuß und den Oberleutnant Tilleßen geführt wird. Beide sind flüchtig. Haftbefehl und Steckbrief sind erlassen. Unter der Beschuldigung, den Tätern schon vor der Tat Beihilfe für die Zeit nach der Tat zugestanden zu haben, befindet sich der Kapitänleutnant a. D. v. Rillingen in Untersuchungshaft. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Aber das Ergebnis und die weiter in Aussicht genommenen Maßnahmen kann ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks keine Auskunft gegeben werden. Bei den Nachforschungen in München wurde eine Geheimorganisation entdeckt, die aus Offizieren der Marinebrigade Ehrhardt bestand, sich über einen großen Teil des Reiches ausdehnte und politische Ziele hatte. Die Schuß, Tilleßen und Rillingen gehörten ihr an. Für den Verdacht, daß auch die übrigen Mitglieder der Zentrale Mitwisser an der Ermordung Erzbergers waren, ergaben sich nicht genügend Anhaltspunkte. Dagegen ist gegen die Mitglieder der Organisation sowie gegen die Leiter des Organisationsnetzes ein Verfahren wegen Geheimbündeln und wegen Vergehens gegen die Verordnung über das Verbot militärischer Verbände eingeleitet worden. Ein bedeutendes Ergebnis des Verfahrens ist, daß der Plan eines weiteren Ausbaues der Organisation verhindert wurde.

Die Sozialdemokratie zur Steuerfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Donnerstag die Beratungen über die Steuerfragen abgeschlossen. Laut „Vorwärts“ wurden die Angebote der Reichsregierung als in mehreren Punkten nicht weitgehend genug bezeichnet. Der Plan einer Zwanngsanleihe vermag bei weiteren Zugeständnissen der Regierung vielleicht zu einer Verständigung zu führen, wenn er als ein sichtbares Opfer des Volkess zu betrachten ist. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ und das „Berliner Tageblatt“ glauben, daß die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Basis für die Verhandlungen mit dem Zentrum darstellen, die zu einem Steuerkompromiß führen könnten. Die erste interfraktionelle Sitzung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten findet heute statt.

Im Anschluß an die Sitzung der Reichstagsfraktionen tagte der gemeinsame Steuerausschuß der beiden sozialdemokratischen Parteien und freien Gewerkschaften. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Man kam jedoch überein, nach Möglichkeit weiterhin in Verbindung zu bleiben und insbesondere wieder zusammenzutreten, wenn ein Ergebnis der Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie vorliegt. Der „Sozialistischen Korrespondenz“ zufolge ging die Stimmung in der Donnerstagssitzung dahin, daß der Plan einer Zwanngsanleihe unter gewissen Voraussetzungen vielleicht geeignet sein könnte, zu einer Verständigung über die Steuerfragen zu führen.

Neue Tarifierhöhung.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Berlin: Die von Reichseisenbahnrat vor wenigen Wochen genehmigten Erhöhungen der Eisenbahntarife schließen die neuen Ausgaben der deutschen Reichsbahn für das Personal auf Grund der jetzt abgeschlossenen Feuerungsaktion nicht in sich. Der Mehrbedarf der Reichsbahn wird sich durch die Erteigerung der Personalausgaben im ordentlichen Etat einschleichen, der zu erwartenden Steigerung der Sachkosten auf rund 4 Milliarden Mark belaufen. Um diese Summe verschlechtert sich also der für das Jahr 1922 aufgestellte bilanzierte Etat, wenn nicht eine entsprechende Deckung geschaffen wird. Nach Lage der Dinge wird diese Deckung in der Hauptsache nur in einer Erhöhung der Tarife gefunden werden können, weshalb, wie man hört, die Gütertarife über die für den 1. Februar vorgesehenen Sätze hinaus noch um etwa 10 Prozent erhöht werden müssen.

Eisenbahnerstreik in Sachsen.

Wie die Blätter aus Dresden melden, haben gestern die radikalen Elemente der Eisenbahner Sachsen über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg eine Streikleitung gewählt. Die Streikleitung solle am Samstag mittag den Ausbruch des Streiks der sächsischen Eisenbahner verkündigen, falls bis dahin die von ihnen aufgestellten Forderungen nicht bewilligt sind. Obwohl der Deutsche Eisenbahnerverband als alleinige Gewerkschaft der Deutschen Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahnerverband haben sich gegen den Ausstand erklärt. Die Eisenbahner der drei Dresdener Bahnhöfe haben mit großer Mehrheit beschlossen, sich dem Streik anzuschließen.

Ein gerichtl. Nachspiel zur Kabr-Krise.

Im September v. J., als die durch die Kabr-Krise hervorgerufene politische Erregung in München auf ihren Höhepunkt gelangte, war ein Auto, das einige Hundert Exemplare des „Miesbacher Anzeigers“ enthielt, von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in einem Münchener Vorort aufgehalten und die Zeitungen in einen Hauf geworfen worden. Wegen dieses Vorfalls hatten sich dieser Tage mehrere Personen unter der Anklage der Amtsverletzung, Mötigung und Sachbeschädigung vor dem Münchener Schöffengericht zu verantworten. Einer der Angeklagten wurde freigesprochen, fünf wurden zu Geldstrafen von 50 bis 400 M. verurteilt. In der Beweisführung bemerkten die Beschuldigten, sie hätten von dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Landtages Auer die Mitteilung erhalten, daß in dem Auto Flugblätter nach München geschickt werden sollten, in dem Oberst v. Kandler zu einem Rechtsputsch aufrufen sollte. Sie hätten die vermutlichen Flugblätter abfangen wollen, um einem Schlag gegen die Verfassung vorzubeugen. Abg. Auer, gegen den ein Verfahren nicht durchgeführt werden konnte, weil der Landtag die Strafverfolgung ablehnte, erklärte als Zeuge, die volle Verantwortung für das Vorgehen las in der damaligen Situation geradezu eine Pflicht gemeinen sei, zu übernehmen. Die Überzeugung, daß ein Rechtsputsch in Vorbereitung war, habe in jenen Tagen auch in bürgerlichen Parteien geherrscht. Zum Beweise teilte er ein Telegramm mit, daß der der Bayerischen Volkspartei angehörige Präsident des Landtages Königsbauer an den in Verdacht geratenen weidenden Ministerpräsidenten v. Kabr gerichtet hat. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Ich habe amtliche Mitteilung, daß morgen oder in den nächsten Tagen ein Rechtsputsch gegen den Landtag beabsichtigt ist. Ersuche sofort diesen Bestrebungen entgegen zu treten und unbedingt als verantwortlicher Minister des Innern nach München zu kommen.“

Die Frankf. Ztg. bemerkt dazu: „Die nachträgliche Bekanntgabe dieses Telegramms darf als das wertvollste Ergebnis der Verhandlungen angesehen

werden. Die amtliche Mitteilung, auf die sich der Landtagspräsident in seinem Ersuchen an den Ministerpräsidenten u. a. berief, bildet den dokumentarischen Beleg für die Größe der Gefahren, von denen in jenen verhängnisvollen Tagen der bayerische Staat durch die Umtriebe der Reichsradikalen bedroht war.

Briand.

Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ bringen eine interessante Charakteristik Briands, die ein genauer Kenner der Verhältnisse in der „Revue de Paris“ entworfen hat. Es heißt da u. a.:

Der Gesamteindruck, der von der Persönlichkeit Briands zunächst ausgeht, ist der der Ruhe und der Nonchalance, aber plötzlich läßt eine Geste, ein Blick, eine Intonation in der Stimme andere Seiten seines Wesens hervortreten: eine Autorität, eine Hartnäckigkeit, die man auf den ersten Blick nicht vermutete. Briand gibt sich sehr einfach, liebenswürdig. In der Unterhaltung ist er voll Humor; er liebt die Anekdote und ist ein glänzender Erzähler. Weit entfernt, ein schlechter Redner zu sein, eignet er sich alles vor ihm Gesagte rasch an. Er lernt mehr aus dem Gespräch, als aus der Lektüre. Eine bewundernswerte Assimilationsgabe erlaubt ihm, alle in seiner Anwesenheit vorgebrachten Argumente und Mitteilungen unverzüglich zu ordnen und für seine Rede zu benutzen. Darin liegt eine Hauptstärke seines Geistes. Eine andere besteht darin, seine eigenen Bemerkungen und die erhaltenen Anregungen zu überdenken. Dann spricht er wenig. Er geht in seinem Reden nicht ab und ab, raucht eine Menge Zigaretten und legt sich den Stoff zurecht. Er sucht eine Anzahl charakteristischer Ausdrücke als Anhaltspunkte und überläßt der Improvisation den Rest.

In der politischen Laufbahn Briands fällt auf, daß sie nicht die üblichen Stufen und denselben Gang aufweist wie diejenige der meisten anderen Politiker, die Minister geworden. Als er emporkam, verdankte er es nicht der Tradition, sondern dem Rufe der alten Parlamentarier nach einem homo nobis. Lange Jahre hatte Briand in den parlamentarischen Kämpfen gelebt und für deren Mütter geschrieben. Aber er beugte sich nicht unter die sozialistische Disziplin. Das nützte ihm: weil er seiner Koterie angehörte, erschien er als befähigt, die verschiedensten Kräfte zu sammeln.

Seine Redekunst ist oft gescholten worden. Er schreibt seine Reden nicht (wie beispielsweise Poincaré), dennoch spricht er beständig von den Dingen, die er behandeln will. So häufen sich die Argumente und Formeln in seinem Geiste bis zum Augenblick, wo er sie braucht. Er vermeidet die Deklamation, schreckt aber nicht vor dramatischen Tönen zurück, wie er auch den leichten Ton und die Ironie zu handhaben weiß. Selten geht er bis zur Härte und trägt Sorge, nicht verkehrend zu sein. Wohl sendet er einen Pfeil auf seinen Gegner, vergißt aber nicht, daß dieser eines Tages sein Mitarbeiter werden kann. Trotz seiner flammenden Verbundenheit scheint er weder Born noch Leidenschaft zu kennen; daß er vorurteilsfrei ist, bedeutet einen seiner wertvollsten Charakterzüge. Er will den Zuhörer nicht nur mitreißen, sondern auch überzeugen; dieser Charakterzug ist gleichzeitig ein Raisonleur. Er hütet sich wohl, die Meinungen seines Auditoriums zu brüskieren; im Gegenteil scheint er darauf einzugehen, sich auf den Standpunkt seiner Widersacher zu stellen, um von hier aus das Geschehliche und Vergehliche ihrer Argumentation zu analysieren. So kommt er immer von den extremen Lösungen zu einer mittleren, gemäßigten; er führt die Utopien zu den Verhältnissen der Wirklichkeit zurück.

Dieser Politiker ist weniger Sklave der Bücher, der Systeme, der technischen Dokumente; Briand bildet sich ein selbständiges Urteil über jede Frage und hält daran fest. In dieses Urteil tritt immer eine klare Basis menschlichen und gesunden Menschenverstandes. Briand hat in seiner Laufbahn sehr viel gesehen und gehört, kennt die Unvollkommenheiten der Menschen und Dinge und findet sich leichter als mancher andere damit ab. Er weiß aber auch, daß die Welt allen Schwächen zum Trotz ihren Gang geht und man Optimist bleiben muß. In dieser Art, die Politik aufzufassen, liegt ein gutes Stück Energie. Damit ist die Begrenzung des Staatsmannes ausgesprochen. Ein Richelieu, ein Napoleon, ein Wislizenow machten sich anbeisig, die Ereignisse zu lenken, sich nicht von ihnen treiben zu lassen. Die Gegenwart eines Clemenceau, Kardien, eines Leon Daudet gegen Briand hat ihren philosophischen Hintergrund; für sie ist er ein Dilettant, der sich mit der Geschicklichkeit eines Vierertouren auf Staatsruder hält, aber der Stömung folgt. Niemand weiß, was er von der Zukunft denkt. Für seine Person zeigt er keinen Ehrgeiz, wenigstens was man gemeinhin den Ehrgeiz eines Politikers nennt, das Streben nach Reichum, Würden, dem Glücke. Glücklich bei einer Zigarette, ein Liebhaber des Angelsports und der Schifffahrt, den „Geschäften“ fernstehend, so kennt man Briand im Freundeskreise. Was ihn reizt, ist die Ausübung der Regierungsgewalt mit ihren Verantwortlichkeiten und Gefahren. Er ist eine Künstlernatur, die in der Bearbeitung des tauben Materials, das die Politik ist, ihre Befriedigung und ihren Lebenszweck findet. Er hat ein feines Gefühl für die Opportunität seines ministeriellen Wirkens beobachtet, weiß beizeiten von der Bühne abzutreten und sieht sich nicht in schwierigen Augenblicken eine heikle Nachfolge zu übernehmen.

Man könnte, schließt der Artikel, Briands Politik als eine Politik der goldenen Mittelstraße bezeichnen. Dieser Staatsmann sei weise genug, um gegebenenfalls das Gegenteil von dem zu tun, was die Massen und das Parlament erheben. Er ist zwar jetzt gegangen, aber er wird wieder kommen, wenn es sich erweisen hat, daß die Republik eines Poincarés für Frankreich eine Katastrophe bedeutet. Und dann wird möglicherweise Briand besser zu regieren haben, wenn er nicht mehr den verrückten nationalistischen Instinkten nachzugeben hat.

Die innerpolitische Neugruppierung in England.

Gestern nachmittag wurde, wie der Korrespondent der „Ref.“ aus London meldet, die Konstituierung des National Liberal Council auf der Konferenz der Koalitionsliberalen vollzogen. Lloyd George wurde zum Vorsitzenden, Churchill zum Vizepräsidenten gewählt. Sir Gordonewart brachte eine entsprechende Resolution ein. Er erklärte, daß die soeben gegründete Partei keine neue, sondern die eigentliche Liberal Party Englands sei, und forderte alle liberalen Organisationen, aber darüber hinaus alle liberal fühlenden aus allen Parteien auf, beizutreten. Damit ist offiziell das Ziel ausgesprochen, in einer neuen „Centre Party“ unter Lloyd George die gemäßigten Konservativen, das Gros der unabhängigen Liberalen und den rechten Flügel der Arbeiter zu vereinigen, was allerdings Zeit erfordert und nicht gerade leicht ist. Ewart erklärte ein unbeschränktes veto des Oberhauses für unmöglich und forderte vollen Freihandel, womit er eine scharfe Grenze gegen rechts zog. Die heutige Rede Lloyd Georges wird den Höhepunkt eines Ereignisses bringen, das für die innere Politik Englands außerordentliche Bedeutung hat.

Eine Rede Asquiths.

Asquith erklärte in seiner Rede vor der Versammlung von Geschäftsleuten der City, daß die Arbeitslosigkeit in noch nicht abgesehenem Maße fortbauere. Sie koste dem Staate im gegenwärtigen Augenblick unmittelbar etwa zwei Millionen Pfund in der Woche und mittelbar unerschöpfbare weitere Zahlen von Millionen. Der wahre Grund der herrschenden Arbeitslosigkeit und des Niederganges des internationalen Handels Englands sei, daß andere Nationen nicht in der Lage seien, unter Bedingungen zu kaufen, unter denen England verkaufen könne und umgekehrt. Der industrielle und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands habe verhängnisvolle Folgen zeitigen müssen. Vor dem Kriege sei Deutschland der beste Kunde und der größte Lieferant Rußlands, Italiens, Österreichs und einer Anzahl kleinerer Staaten auf dem Kontinent und der zweitgrößte Kunde und Lieferant Großbritanniens gewesen. Die industrielle und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands müßte daher die ernstesten Folgen nach sich ziehen.

Unglücklicherweise sei die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Völkern Europas fast die letzte Sorge der Staatsmänner und Diplomaten in Versailles gewesen, die sich mehr damit beschäftigten, die Weltkarte neu zu zeichnen und in großem Maße imaginäre Reparationen festzusetzen. Auf den Waffenstillstand und den Friedensvertrag, die den Frieden für die erschöpfte Welt sichern müssen, sei unermittelbar der neue Tarifkrieg gefolgt, in dem Frankreich, Spanien und Italien und die Teile des früheren Österreichs und Rußlands sowie Jugoslawien sich eifrig mit der Errichtung von Tarifmauern beschäftigten. Die wilden Schwankungen der Wechselkurse seien nur Symptome und Folgen, nicht die Ursache der wirtschaftlichen Notstände. Jeder wirtschaftliche Wiederaufbau sei unmöglich, bevor nicht die Fragen der Reparationen und der interalliierten Schulden endgültig geregelt seien. Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hätten nicht weniger als zehn europäische Konferenzen über die Reparationsfrage stattgefunden, die vor kurzem in dem Palais von Cannes kulminierten. Jede der Konferenzen sei damit beschäftigt gewesen, das Werk der vorigen Konferenz abzumachen oder ungültig zu machen.

Was die Welt, was die Geschäftswelt wolle, sei Gewißheit und Endgültigkeit. Diese werde man nicht erhalten, wenn man nicht ein für alle Mal im Lichte der Tatsachen die unmöglichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages abändere, (Beifall.) Es sei keine Frage der Milde gegen Deutschland, sondern eine Frage des eigenen Interesses für eine Anzahl von Staaten, die den Wohlstand Europas nur neu schaffen könnten, wenn sie ihre gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit voll anerkennen. (Beifall.) Eine wirkliche dauernde Wiederaufbau könne nicht stattfinden, bevor sich nicht die großen und kleinen Nationen bereit zeigten, das Erbe, das der Krieg zurückgelassen habe, und das alle gemeinsam tragen müßten, anständig auf sich zu nehmen.

Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig einen von Dr. Walter Reaf eingebrachten Antrag an, der forderte, daß der Handel und die Industrie von den Zöllen befreit werden müßten, die ihnen durch die Industrie-Schutzbill auferlegt seien und die Freiheit zurückzubehalten müßten, die sie vor dem Krieg genossen. Bei der Begründung der Entschließung erklärte Reaf, die deutsche Ausfuhr nach Großbritannien habe in der letzten Hälfte des Vorjahres sehr stark abgenommen. Im dritten Quartal des Jahres 1921 habe Großbritannien für 3 1/2 Millionen deutsche Waren eingeführt gegen 8 1/2 in der gleichen Zeit des Jahres 1920. Je mehr deutsche Waren man einführe, umso mehr britische Waren werde man verkaufen.

Die Erkrankung des Papstes.

Wegen der Verschlimmerung im Verlaufe des Papstes wurde Professor Bignani gestern früh 5 Uhr eilig herbeigerufen. Nach seinem ersten Besuch begab er sich zum Professor Marchesano, um mit ihm zum Papst zurückzukehren. Inzwischen war Dr. Balthusini eingetroffen. Die Ärzte setzten einen Krankheitsbericht auf, in welchem es heißt, daß der Papst seit vier Tagen an Bronchitis im Zusammenhang mit Grippe erkrankt sei. Am Donnerstagabend wurde festgestellt, daß sich die Entzündung auf den rechten Lungenflügel ausbreitete. Die Nacht wurde schlaflos verbracht. Gestern früh betrug die Temperatur 38 Grad, der Puls 102, die Atmung 58. Am 1/2 Uhr erhielt der Papst die Sterbefakel. Danach hatte er eine Besprechung mit dem Kardinalstaatssekretär, die etwa 20 Minuten dauerte und bei der niemand zugegen war. Kardinal Gaspari ist päpstlicher Kämmerling und man schließt daraus, daß ihm der Papst seinen letzten Willen hat mitteilen wollen.

Kurze polit. Nachrichten.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Siedlungs- und Wohnungswesen hat die in einem Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministers vorgesehene Erhöhung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus auf 50 Prozent der Friedensmiete abgelehnt und die von ihm schon im Herbst vorgeschlagene Erhöhung auf 100 Prozent angenommen.

Verhandlungen über Beschäftigererhöhungen. Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter des Reiches werden einer Mittelermelung zufolge am 23. und 24. Januar im Reichsfinanzministerium erneut stattfinden. Anschließend daran wird mit den Beamten verhandelt werden.

Badische Uebersicht.

Der Süden und das Reich.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der badische Mitarbeiter der Reichskorrespondenz „Nord-Süd“:

In letzter Zeit haben einzelne norddeutsche Blätter Veranlassung genommen, sich ziemlich eingehend mit den „partikularen Bestrebungen“ zu befassen, die angeblich bei uns im Süden verbreitet seien und ihre Spitze gegen das Reich richteten. Es verlohnt sich, auch vom badischen Standpunkte aus hierzu ein kurzes Wort zu sagen.

Herabgerufen wurden jene Äußerungen norddeutscher Blätter vor allem durch die bekannnten Reden des heftigen Ministers Dr. Brentano und des württembergischen Ministers Graf. Minister Graf hat inzwischen diese Äußerungen mit anderen Worten auch auf dem Reichstagsparteitag des Zentrums wiederholt. Die Reden wurden dann in Zusammenhang gebracht mit allen jenen Tatsachen und Wahrnehmungen, die man als bayerischen Partikularismus zu bezeichnen pflegt. Singu lam schließlich noch der Abteiler von

Korrespondenten aus dem Süden, die verpflichtet zu sein glaubten, aus der Maus einen Elefanten zu machen.

Weswegen schimpft man dann aber im Süden so viel über das Reich? So wird man im Norden uns entgegenhalten. Nun, zunächst schimpfen wir im Süden keineswegs über das Reich. Das möchten wir mit aller Entschiedenheit festgestellt haben. Zumal wir Bayern lassen uns in der Reichstreue von niemandem, auch von keinem Norddeutschen übertreffen. Worüber geschimpft wird — und leider vielfach nur zu sehr mit Recht — das ist der Berliner Geist und die Art und Weise, wie sich dieser spezifische Berliner Geist im amtlichen und nichtamtlichen Verkehr mit den Ländern manchmal bemerkbar macht. Wenn im Arger darüber hie und da der Begriff „Berlin“ gleich dem Begriff „Reich“ gesetzt wird, so sollte das doch von jedem vernünftigen Menschen richtig verstanden werden. Wir wissen ganz genau, daß Berlin nicht das Reich ist. Aber in vielen Fällen verkörpert Berlin begw. die aus Berlin kommenden Entscheidungen das Reich begw. die Reichsregierung.

Zimmer muß berücksichtigt werden, daß bei uns im Süden eben vieles nicht begriffen und nicht gebilligt wird, was an Verwaltungsmassnahmen im einzelnen von Berlin aus angeordnet wird. Und daß man sich darüber hinaus auch dem prinzipiellen Bestreben mancher Reichsbehörden, die Reichsverfassung gar zu sehr im zentralistischen Sinne auszulegen, entgegenstemmt, sollte niemandem verwunderlich vorkommen, der die ganz bestimmte Eigenart der einzelnen süddeutschen Länder kennt, und der weiß, wie viel das deutsche Kulturleben, zugleich aber auch die deutsche Politik, dieser Eigenart verdankt.

Man kann gewiß darüber streiten, ob es angebracht gewesen ist, die Auffassungen, die die beiden oben genannten Minister hegen, in so markanter Form zum Ausdruck zu bringen; aber wir sollten uns, bevor wir Kritik üben, fragen, ob es nicht sehr gewichtige Gründe und sehr bittere Erfahrungen gewesen sind, die die beiden Minister geradezu gezwungen haben, so zu sprechen.

Auf jeden Fall wäre es besser, wenn man im Norden, bevor man über „süddeutschen Partikularismus“ klagt, untersuchen wollte, ob denn nicht in der Tat manche Berliner Massnahmen geeignet erscheinen müßten, Unwillen im Süden hervorzurufen. Mit Partikularismus aber oder mit Reichsfeindschaft hat dieser Unwille wahrlich nichts zu tun. Und was insbesondere der Baden betrifft, so wird der Tag wohl nicht erlebt werden, an dem sich Baden vom Reiche abwendet.

Vorgehen gegen die Schwarzbrenner.

(Zur Rechtsgrundlage.)

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Anlässlich der in letzter Zeit seitens der Steuerbehörden mit Unterstützung von Gendarmen und Polizei vorgenommenen Durchsuchungen wegen Verdachts des Schwarzbrennens ist mehrfach die Frage nach den gesetzlichen Grundlagen hierfür aufgeworfen worden.

Das Betreten derjenigen Häuser, in denen Brennerlein eingerichtet sind, steht den Steuerbehörden nach Maßgabe der steuerrechtlichen Vorschriften jederzeit zu. Bei der polizeilichen Durchsuchung solcher Häuser, in denen Brennerlein nicht angemeldet sind, ist zu beachten, daß es sich um ein Einschreiten in Ortschaften handelt, in denen nach den bisherigen Vorgängen begründeter Verdacht besteht, daß die Einwohner in weitestem Umfang die Brennerleinvorschriften übertreten, in nicht angemeldeten Brennerlein brennen und vielfach solche Stoffe, deren Abbrennen nicht gestattet ist, auch in Nachbarkäusern verbrennen. Bekanntlich suchen sich diese Ortschaften durch Vorkehrungen (Nachfahrer, Signale, Anlagen der eingetroffenen Kontrolle) ganz allgemein vor Überraschungen zu sichern, so daß jeder im Ort, mit ganz geringen Ausnahmen, verdächtig wird. Diese Vorkehrungen sowie die Tatsache, daß erfahrungsgemäß gerade zur Nachtzeit in unzulässiger Weise gebrannt wird und die Spuren am darauffolgenden Tage wieder beseitigt sind, zwingt dazu, was strafprozessual zulässig ist, die Durchsuchungen auch nachts vorzunehmen, wenn anders sie Erfolg haben sollen.

Zur Schnapskontrolle in Altschweier.

In der Nr. 10 des „Acher- und Bühler Boten“ vom 13. Januar erschienen zwei Zuschriften, in denen über die polizeiliche Durchsuchung der Durchsuchung gegen Schwarzbrenner in Altschweier am 17. und in der Nacht vom 28./29. Dezember 1921 Beschwerde geführt wird. Namentlich wird dort über das Vorgehen der kontrollierenden Beamten in der Wirt der Gebr. Rohrbirch gellagt.

Hierzu wird uns von der Presseabteilung der Bad. Regierung geschrieben: Die Vorgänge bei den verschiedenen Durchsuchungen, insbesondere jener vom 28./29. Dezember in der Rohrbirchmühle in Altschweier werden Gegenstand strafgerichtlichen Verfahrens sein, dessen Ergebnis die nötige Aufklärung in der Sache bringen wird. Im übrigen kann bei dieser Gelegenheit mitgeteilt werden, daß das Landesfinanzamt Karlsruhe bei der Staatsanwaltschaft Offenburg gegen den Müller Johann Rohrbirch Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens wegen Vertriebsbruch (§ 137 Reichsstrafgesetzbuch) gestellt hat. Die Nachschau vom 29. Dezember hat nämlich ergeben, daß die bei der Kontrolle vom 17. Dezember beschlagnahmten Fässer mit Syrup nicht mehr vollzählig waren.

Aus dem badischen Zeitungswesen.

Im Anschluß an einige Bemerkungen über die kirchliche Erklärung der „Oberländer Zeitung“ und mit Bezug auf die bekannte Mitteilung der „Konstanzer Zeitung“ schreibt das „Neue Mannheimer Volksblatt“:

„Eine ähnliche verwässerte Nachricht, die weder Fisch noch Fleisch ist, findet sich nun auch in der „demokratischen“ „Konstanzer Zeitung“. Sie nimmt nun endlich zu der Mitteilung von ihrer Rechtschwendung Stellung, die kirchlich durch die Presse ging, indem sie schreibt, sie lehne es grundsätzlich ab, als Sprachrohr einer (!) Partei zu gelten. (Ein netter Grundsatz.) Sie sei unabhängig von jeder Partei und treibe die Politik, die sie für die richtige halte. Dann folgt in der „Berichtigung“ merkwürdigerweise eine Bestätigung des Genüßlichen. Es heißt da: „Sie (die Konst. Ztg.) hatte sich der deutschdemokratischen Partei angeschlossen, weil sie glaubte, deren Politik am ehesten vertreten zu können, ohne sich aber der Freiheit zu begeben, auch einmal andere, mit denen der deutschdemokratischen Partei nicht ganz gleichlaufende Wege zu gehen. Von einer Erwählung kann dabei nicht gesprochen werden. (11) Welche Politik die „Konstanzer Zeitung“ in der nächsten Zukunft betreiben

folgen wird, hängt ganz von den Verhältnissen und der Stellungnahme der die am nächsten stehenden Parteien ab. Damit findet das Gericht also seine aufenthaltsbefähigende und es steht dem Verlag — von ihm geht bezeichnender Weise die Erklärung aus — nun frei, sich der Volkspartei in die Arme zu werfen. Der Weg ist gebahnt und die bevorstehende Wandlung ist begründet. So besteht also im Oberland in der Tat nur noch ein demokratisches Blatt, das ist die „Oberländer Zeitung“, alle übrigen betreiben „unabhängige“ Politik bzw. die Politik, die sie für die richtige halten.“

Der Raubmordprozess Siefert.

N. Weidlers, 20. Januar.

In der heutigen Sitzung wurde die Zeugenvernehmung fortgeführt. Auf Antrag des Staatsanwalts sollen die Aussagen des überfallenen Ingenieurs Rint durch einen Sachverständigen nachgeprüft werden. Der Vorsitzende richtet die Bitte an die Geschworenen, sich mit Briefen, die ihnen in der Sache Siefert zugehen sollten, an den Gerichtshof zu wenden. Darauf gibt Gendarmeriekommissar Bette an, er habe bei Frau Strahmüller festgestellt, daß sie den Angeklagten zwei Tage nach der Ermordung der Bürgermeisterin früh halb 8 Uhr geweckt habe, obwohl sein Dienst erst nach 11 Uhr beginne. Siefert hätte Befragungen zu machen gehabt. Der Vorsitzende betont die außerordentliche Bedeutung dieser Beweisführung angesichts der Tatsache, daß der Angeklagte am gleichen Tage früh am Tatort gesehen worden sein soll. Dann folgen die Aussagen von Zeugen, die mit dem Angeklagten zusammengetroffen sind und die ihn alle wiedererkennen. Als erster wird Tagelöhner Steinbäcker aus Ziegelhausen vernommen, der am 1. Juli am frühen Morgen gegen halb 7 Uhr mit seiner Frau nicht weit von der Nordstraße einen Herrn mit Mustard getroffen hatte, den er als den Angeklagten bestimmt wiedererkennt. Zeuge Nikolaus Johann aus Ziegelhausen habe, als der Angeklagte am 1. Juli vorm. 10 Uhr bei ihm war, bei ihm einen Ring mit einem Monogramm, in dem ein W deutlich erkennbar war, gesehen.

Am Tage vor der Verhaftung hätte Siefert in der Krautmüllerschen Wirtschaft geäußert u. a., daß er zu Einkäufen bald die halbe Erbschaft verbraucht habe, und vielleicht bald der andere Teil von der Sparkasse werde holen müssen. Auf diesbezügliche Erfragen des Vorsitzenden antwortet der Angeklagte, es sei dies eine Blöde gewesen.

Dann folgt die Zeugin Wafart habe mit anderen Damen einen Spaziergang nach dem Kümmlerhof gemacht. Unterwegs hätten sie einen schwarzhaarigen Mann gesehen, und darauf einen im blonden Haar. Beide seien dann verschwunden. Die Zeugin glaubt den Angeklagten in der Person des dunkelhaarigen Mannes bestimmt wiederzuerkennen.

Siefert dagegen bestreitet lächelnd, um die von der Zeugin angegebene Zeit, nämlich zwischen 1/4 und 1/2 Uhr nachmittags dort gewesen zu sein. Er habe bis 3,05 Uhr Dienst gehabt. Er wäre zur genannten Zeit mit dem Ring beim Juwelier Keilhauer gewesen.

Zeugin Mietmüller sagt, daß sie mit ihrem 14-jährigen Sohn am Nordtage früh in den Wald gegangen sei. Nach 4 Uhr hätten sie vom Fußweg aus einen Mann in dunkler Anzug zwischen den Bäumen gesehen. Er hätte schwarzes hochgestelltes Haar gehabt und sei mit Siefert identisch. Auch der Sohn behauptet Siefert mit Bestimmtheit den Angeklagten wiederzuerkennen. Die Aussagen der folgenden Zeuginen stimmen im wesentlichen mit den bisherigen Aussagen überein.

Zustizwachtmeister Arnold bestätigt, daß der Angeklagte verhaftet habe, einen Brief aus dem Gefängnis zu schmuggeln. Der Brief wurde aufgefunden und gelangte zur Absicherung. Der Adressat ist ein Freund des Angeklagten, Hermann Hecht aus Ziegelhausen. Der Brief wird verlesen, darin bittet der Angeklagte seinen Freund, ihm mehrere Eisenkäse zuzuführen zu lassen. Er solle die Käse in eine Weinflasche stecken, und damit sie kein Geräusch verursachen, in einen Schurz packen. Daneben soll er ihm noch ein Brot und vielleicht einige Äpfel dazulegen. Siefert stellt den Freund an, ihn ja zu retten, denn sonst habe er zwar nicht den Tod, aber doch mindestens lebenslängliches Zuchthaus zu gewärtigen, was noch schlimmer sei. Das Gericht glaube ihm nämlich nicht, daß er nicht der Mörder

der Bürgermeister sei. Hecht solle über die Sache tiefstes Still-schweigen bewahren, höchstens dem Konrad könne er Mitteilungen machen. Die Kosten werde er ihm erstatten. Nur die Freiheit könne ihm seine Ehe wiederherstellen. Bei Verlesung des Briefes weint Siefert. Darauf wird die Zeugin Wafart vernommen. Wegen Sittlichkeitsgefährdung wird die Öffentlichkeit gänzlich ausgeschlossen; daselbst ist bei der folgenden Verurteilung durch Rechtsrat Dr. Vell der Fall.

Aus der Landeshauptstadt.

Gemeindeveranschlag für das Jahr 1921/22.

In der außerordentlichen Stadtratsitzung vom 16. d. Mt. wurde der Gemeindeveranschlag für das Wirtschaftsjahr 1921/22 festgestellt. Er schließt mit einem Gesamtaufwand von 107 900 000 M. ab. Davon sind 33 600 000 M. durch Umlagen aus dem Vermögens- und Betriebsvermögen zu decken. In der Annahme, daß die auf Grund der neuen Steuererträge (Steuerverteilungsgesetz und Grund- und Gewerbesteuerertrag vom 4. August 1921) vorzunehmende Neuveranlagung des Betriebsvermögens eine Steigerung dieser Steuererträge auf das Maß des für das Jahr 1920 maßgebenden Betrages bringen wird, ist dazu eine Umlage von 2,44 M. für Gebäude und Betriebsvermögen, 3,66 M. für eingeschätzte Grundstücke und 4,98 M. für klassifizierte und diesen gleichgubehandelnde landwirtschaftliche Grundstücke und Wald erforderlich.

An den aufzubringenden Mitteln werden danach beteiligt sein:

die Gebäude mit 11 224 000 M., das Betriebsvermögen mit 21 350 000 M., die eingetragenen Grundstücke mit 377 220 M. und die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke und der Wald mit 91 110 M. Da die Erhebung der Umlage auf Grund der neuen Gesetze zunächst eine Neuveranlagung voraussetzt, die erst erfolgen muß, so kann der Fälligkeitstermin dafür noch nicht bestimmt werden. Um den Gemeindehaushalt bis dahin aufrecht zu erhalten, muß daher zu dem im Juli 1921 beschlossenen auf der bisherigen geschätzten Grundlage zu erhebenden vorläufigen Umlage von 2 M. eine weitere vorläufige Umlage von 4 M. für je 100 M. Steuerwert erhoben werden, deren Fälligkeitstermin auf den 15. Februar festgesetzt wird. Diese vorläufige Umlage wird auf die endgültige Umlage angerechnet. Für die Gebäude wird die gesamte vorläufige Umlage mit der endgültigen übereinstimmen. Für alle anderen Steuerwerte dagegen wird die Festsetzung der endgültigen Umlage eine Nachzahlung bedingen. Die Beratung des Veranschlags im Bürgerausschuß wird am 7. Februar d. J. beginnen.

DZ. Schwurgericht. In der Schwurgerichtssache gegen den Marktmeister Schneller wegen erschwerter Amtsunterschlagung stand am Donnerstag die Unteraburteilung von 660 Mark bei einem Gefängnisstrafe von 12 Monaten im Streit. Am 22./23. Mai 1919 zur Verhandlung. Die Stadt Hirschheim hatte eine Sendung Fische an eine Firma in Hirschheim verkauft, kaufte aber dann wieder einen Teil der Fische zurück, um den Absatz zu beschleunigen. Den Verkauf der nun wieder zurückgekauften Fische leitete der Angeklagte. Den genannten Betrag soll der Angeklagte unterschlagen haben, indem er für die Stadt keine Abrechnung auffertigte und den Reingewinn für sich behielt. Für sich hatte der Angeklagte aber Abrechnungen angefertigt. Schneller machte geltend, die Abrechnungen habe die Firma (Kaufmann u. Co.) der Stadt angefertigt, wie man ihm gesagt habe. Der Zeuge Schenk erklärte, der Gewinn hätte von Schneller selbstständig zugewandt werden müssen. Der Zeuge Bäuerle gab an, er habe nicht gewußt, warum die Verkaufslisten überhaupt geführt worden seien. Der Zeuge Weber sagte, daß beim Wiegen nicht viel verloren gegangen sei.

Im Anschluß an diese Verhandlung kamen Unterschlagungen, die der Angeklagte sich bei anderen Anlässen zuschulden habe kommen lassen, zur Sprache. (Unterschlagungen von Wochenmarkthandgebern, Auslagen von Wunden usw.) Zur Erhebung von verschiedenen Gebühren benötigte die Stadt Hirschheim die Ausgabe von sogenannten Wertzeichen, indem die Erheber die Gebühren (Wochenmarkthandgebern usw.) gegen Ab-

gabe der genannten Wertzeichen bei der Stadt kaufen. Hier hat dann der Angeklagte eine besondere Kasse eingerichtet. Er benutzte diese Art der Einziehung solcher Gelder nicht mehr. Das Geld wurde ohne Ausgabe von Wertzeichen eingezogen und floß in die vom Angeklagten neu angelegte sogen. Leibgebührenkasse, in welche geringere Geldbeträge für die Entlohnung von Dreilern, Gebrauchsgegenständen für den Markt usw. aufgenommen wurden. Der Angeklagte gab an, er habe nichts mit den genannten Geldern und den Wertzeichen zu tun. Die Wertmarken seien deswegen nicht mehr abgegeben worden, weil die Händler sehr oft nicht mehr dazugehen seien. Die Gelder seien abends immer in die genannte Leibkasse gekommen. Er könne für eine diesbezügliche Unteraburteilung nichts in Frage kommen, weil er die betr. Gelder nicht in die Hände bekommen habe. Manchmal habe er dann kleinere Rechnungen aus der genannten Kasse bezahlt. Der Sachverständige führte aus, daß die betr. Kasse ohne Genehmigung des Rechnungsamtes geführt worden sei. Schneller habe eben eigenmächtig das System mit den Wertzeichen geändert. Auch habe Schneller sogen. Wundengelder, die aus der Vermietung von Wunden — diese habe Schneller ebenfalls auf eigene Faust vermietet — stammten, in die Leibkasse fließen lassen.

Verschiedenes.

Das Urteil im Prozess Schlieffen.

In dem Prozess gegen die gräfliche Familie v. Schlieffen wegen Anstiftung zum Mord gegen den Grafen Georg Wilhelm v. Schlieffen auf Schlieffenberg verurteilte das Schwurgericht die Gräfin Hella v. Schlieffen wegen Aufforderung zum Mord zu 2 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust, den Grafen Hans Heinrich v. Schlieffen ebenfalls wegen Aufforderung zum Mord zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, den Handelsmann Wessel aus Götlich wegen Annahme der Aufforderung zum Mord und wegen Beregung gegen das Sprengstoffgesetz zu insgesamt 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, den Schlosser Herbert Steinsche aus Berlin ebenfalls wegen Annahme der Aufforderung zum Mord zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Staatsanzeiger.

Erpreßguttarif.

Vom 1. Februar 1922 an tritt im Erpreßguttarif ein die Stelle des bisherigen reinen Kilometertarifs ein. Der durch einen prozentualen Zuschlag zu dem jeweiligen Guttarif zu bilden ist. Der Zuschlag wird auf 50 v. H. festgesetzt. Die Mindestfracht beträgt wie bisher 12 M., das der Frachtabrechnung zugrunde zu legende Mindestgewicht 10 kg, die Mindestentfernung 10 km. Die Erhebungsbeträge werden auf volle Mark aufgerundet. Ein Mindestgewicht für die Annahme von Sendungen besteht schon seither nicht. Es sind aber keine der Gefahr des Abhandenkommens besonders ausgesetzte Güter, z. B. in der Größe von Feldpostschächeln, Zigarettenschächeln u. dgl. ausgeschlossen.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.
Justizministerium.
Ernannt:
Justizaktuar Max Draenert beim Amtsgericht Heidelberg zum Justizassistenten.
Planmäßiger angestellt:
Aufseher Franz Verb bei der Landesstrafanstalt Bruchsal.
Berufen:
Gerichtsdirektor Johann Zimmermann beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Waldshut.

Sonntag, den 22. Januar 1922.
Landestheater. nachm. 2—4 Uhr. M. 12.—
Volkshöhne.
Der Froschkönig oder Der eiserne Heinrich.
Landestheater. abends 6—1/2 10 Uhr. M. 50.—
Carmen.
Konzertsaal.
7 bis gegen 10 Uhr. M. 21.50.
Liselott von der Pfalz.

Dresdner Bank
Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. —:
Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz
Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte —:
R. 959

Amtliche Bekanntmachung.
Die Wahl der Vertrauensmänner und Erfahrmänner für die Angestelltenversicherung im Wahlkreis (Amtsbezirk) Karlsruhe betr.
Gemäß § 15 der Wahlordnung vom 3. Juli 1912 (Reichs-Ges.-Bl. S. 422) werden nachstehend die gültigen Vorschlagslisten für die auf den 29. Januar 1922, vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, stattfindenden Wahlen der Vertrauensmänner und Erfahrmänner (§§ 145 ff. des Versicherungsgesetzes für Angestellte) mit ihrer Bezeichnung bekannt gegeben:
I. Die Vorschlagslisten der Arbeitnehmer.
A. Liste des Gewerkschaftsbundes der Angestellten O.D.A.
1. Hof, Karl, Geschäftsführer, Schloßplatz 13,
2. Bender, Wilhelm, Buchhalter, Berberstraße 83,
3. Engelbach, Rudolf, Ingenieur, Kaiser-Allee 115,
4. Klotz, Luise, Kontoristin, Poststraße 8,
5. Kleinroth, Adam, Einkäufer, Berberstr. 5,
6. Göh, Fritz, Bürovorsteher, Erbprinzenstr. 28,
7. Boehmer, Karl, Korrespondent, Kriegsstr. 192,

8. Schüb, Theodor, Vertragsangestellter, Stud-
straße 15,
9. Honjel, Paula, Angestellte, Akademiestr. 26,
10. Karl, Anton, Vertragsangestellter, Kaiser-
Allee 80,
11. Rind, Heinrich, Kaufmann, Dirschstr. 7,
12. Honjel, Hans, Vertragsangestellter, Berber-
straße 9.

B. Liste des Verbands der weiblichen Handels- und Büroangestellten, sowie des süddeutschen Verbands der Vereine katholischer kaufmännischer Gehilfeninnen und Beamtinnen, der Mäntchen, sowie des Verbandes Badischer Fürsorgerinnen, sowie des Verbandes Badischer Musiklehrerinnen.
Kennwort: „Frauenrecht“.

1. Hilbert, Julie, Gewerkschaftsbeamtin, Mitter-
straße 7,
2. Klein, Clara, Buchhalterin, Vesperstraße 15,
3. Armbruster, Amalie, Verkäuferin, Sofienstr. 27,
4. Roe, Elise, Verlagsgehilfin, Wagastr. 43,
5. Hermann, Martha, Versicherungsangestellte,
Gartenstraße 56,
6. Grimm, Anna, Verkäuferin, Kurvenstr. 21,
7. Krausmann, Käthe, Fürsorgerin, Kriegsstr. 260,
8. Auerbacher, Luise, Buchhalterin, Georg Fried-
richstraße 22,
9. Bollmer, Ida, Bankbeamtin, Amalienstr. 14,
10. Mühle, Alwine, Musiklehrerin, Douglasstr. 32,
11. Jung, Frieda, Verkäuferin, Schützenstr. 65,
12. Gerbothe, Anna, Buchhalterin, Schützenstr. 11.

C. Liste des Deutschenationalen Handlungsgehilfen-
verbandes.
Kennwort: „Bertarbeit“.

1. Gijnger, Oskar, Kaufmannsgehilfe, Gerwig-
straße 33,
2. Dreßbach, Karl, Gewerkschaftsbeamtin, Kaiser-
straße 168,
3. Gantner, Karl, Behördenangestellter, Kaiser-
Allee 145,
4. Langhammer, Max, Versicherungsbeamtin,
Friedstraße 14,
5. Gunginger, Gustav, Bankbeamtin, Kaiserstr. 124,
6. Fink, Johannes, Kaufmannsgehilfe, Raach-
straße 5,
7. Weber, Fritz, Kaufmannsgehilfe, Daglanden,
Am Weg 2,
8. Birt, Franz, Buchhalter, Rudolfstr. 18,
9. Dieß, Friedrich, Bankbeamtin, Akademiestr. 69,
10. Franz, Otto, Versicherungsbeamtin, Schmeck-
straße 24,
11. Beech, Theodor, Korrespondent, Kriegsstr. 75,
12. Hober, Hans, Versicherungsbeamtin, Stud-
straße 17.

D. Liste des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.
Kennwort: „A f a b u n d“.

1. Notermann, Max, Versicherungsbeamtin, Nel-
senstraße 33,
2. Ganske, Wilhelm, Ingenieur, Gabelsbergerstr. 1,
3. Ruchmann, Hermann, Montageinspektor, Schu-
mannstraße 3,
4. Benz, Gottlieb, Werkmeister, Rodstraße 8,
5. Bentzger, Lina, Kassiererin, Geibelstr. 2 a,
6. Ruchinger, Ludwig, Bankbeamtin, Gabelsberger-
straße 11,
7. Kluge, Eduard, Geschäftsführer, Friedrichs-
platz 11,
8. Weber, Josef, Geschäftsführer, Sofienstr. 73,
9. Deßau, Erich, Ingenieur, Dürmersheimerstr. 31,
10. Franz, Paul, Werkmeister, Hlansstraße 15,
11. Djalilo, Ernst, Kaufmann, Degenfeldstr. 8,
12. Binkler, Mathias, Buchhandlungsgehilfe, Lin-
denplatz 6.

Die Listen A., B. und C. sind verbunden.
II. Die Vorschlagslisten der Arbeitgeber.

- a) Vertrauensmänner:
Dr. Fritz Reigen, Kaufmann, Wendstr. 18,
Georg Wolff, Fabrikant, Durlacher Allee 33,
Leopold Neumann, Kaufmann, Wisnardsstr. 73,
Wilhelm Frey, Rechtsanwalt, Vesperstr. 21.
b) Erste Erfahrmänner: R. 640
Dr. Albert Knittel, Buchdruckereibesitzer, Rimbmer-
straße 17,
Max Knopf, Kaufmann, Kriegsstraße 63,
Dr. Nathan Stein, Bankier, Weberstraße 1,
Wilhelm Rothermel, Betriebsdirektor, Douglas-
straße 10.

c) Zweite Erfahrmänner:
Otto Wagner, Fabrikdirektor, Wendstr. 11,
Emil Rupp, Fabrikant, Karl Wilhelmstr. 18,
Eugen Wimpfheimer, Fabrikant, Kriegsstr. 35,
Julius Trud, Kaufmann, Kammerstr. 10.
Da von den Arbeitgebern nur eine Vorschlagsliste
eingereicht worden ist, so findet bei dieser Wähler-
gruppe keine Wahl statt (§ 18 Wahlordnung). Die
oben genannten Herren gelten als gewählt.
Karlsruhe, den 20. Januar 1922.
Bad. Bezirksamt. — Der Wahlleiter. O.-J. 11.

Bad Bad Pärtheim
wird tägliches, erfahrenes
Erftmädden
das Kochen kann, gesucht.
Gute Behandlung, hoher
Lohn. Zeugnisse oder Re-
ferenzen erwünscht. R. 655
Franz Kloss.

Bertrauensposten.
Zur selbständigen Leitung
eines größeren Haushaltes
erfahren, gebildete Dame
nach Bad Pärtheim ge-
sucht. Beamten- oder Pa-
rentenlocher bevorzugt.
Franz Kloss.

Deutscheschweizer.
Güterverkehr,
Tarif Teil I, Abt. A.
Vom 1. Februar 1922
an können Sendungen
aus der Schweiz wieder
mit Nachnahme bis zur
Höhe des Wertes des Gütes
befragt werden. R. 649
Karlsruhe, 17. Jan. 1922.
Eisenbahngeneraldirektion.

Die Gebühr für d. Abbe-
stellung von Wagen (bergl.
§ 63 (5) der Eisenbahn-
Verkehrsordnung und Ab-
schluß C, Ziff. VIII des
Nebengebührenvertrags zum
deutschen Eisenbahn-Güter-
tarif Teil I Abt. B sowie
Abchnitt C, Ziff. VIII
des Nebengebührenvertrags
im deutschen Eisenbahn-
Verkehrsordnung (bergl.
§ 80 (8) der Eisen-
bahn-Verkehrsordnung
(bergl. § 75 (4) der Eisen-
bahn-Verkehrsordnung) auf
100 Mf. erhöht.
Die diesbezüglichen Sätze
in Frankensicherung wer-
den hierdurch nicht be-
rührt. R. 650
Karlsruhe, 19. Jan. 1922.
Eisenbahngeneraldirektion.

Metalbetten
Stahlmatr., Kinderbett, direkt
an Privat, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Süß (Häuf).